NIEMAND HAT DAS RECHT UND DIE PFLICHT ZU GEHORCHEN, WENN IN UNSEREM NAMEN UNRECHT GESCHIEHT!

Posted on 17. Mai 2017

von Evelyn Hecht-Galinski.

Immer wieder erscheinen Artikel zum Thema „Antisemitismusvorwurf“ wie der kürzlich in der TAZ erschienene. Da verlangt der Autor doch tatsächlich, dass die Mehrheitsgesellschaft sich mit jüdischen Kindern und ihren Eltern „bedingungslos“ solidarisieren soll. [\(1\)](#)

Wenn sich Sascha Stawski, einer der agilsten Vertreter der Israel Lobby und Organisator von „Honestly Concerned“ des sogenannten Israel-Tages „I like Israel“, in einem Interview, unter dem Titel: „Auch Juden können Antisemiten sein, in der Frankfurter Neuen Presse, den Gerichtsentscheid des Frankfurter Landgerichts für die Meinungsfreiheit und für das Recht der Tagung, „50 Jahre israelische Besatzung“ diese wie geplant am 9./10 Juni in Frankfurt-Bockenheim im Ökohaus stattfinden zu lassen. Stawski diesen Gerichtsentscheid doch tatsächlich für juristisch durchaus angreifbar hält. Ebenso versucht er die Tagung und die Redner in die antisemitische Ecke zu stellen, weil sie die israelische illegale Besatzungspolitik kritisieren und die BDS-Bewegung unterstützen, Dem muss in aller Schärfe widersprochen werden. Stawski hat doch tatsächlich eine Gegenveranstaltung mit Israel-Lobby „Krawallanten“ organisiert, Die Protestredner auf dieser „Veranstaltung“, die während der Tagung vor dem Ökohaus stattfinden soll, werden der CDU Bürgermeister Uwe Becker, der vergeblich (!) versuchte die Tagung zu verhindern, die SPD Frau Michaela Engelmeier, sowie die Stadverordnete Jutta Ditfurth, Ökolinx und als quasi philosemitisches „Sahneschnittchen“, der grüne Volker Beck! Da hat sich die „Creme de la Creme der deutschen Parteien Israel-Versteher zusammen gefunden, um den „Jüdischen-Besatzer und Apartheidstaat“ zu unterstützen! [\(2\)](#)[\(3\)](#) [\(4\)](#)

Tatsächlich sollten die Grünen doch einmal kritisch hinterfragen, wie weit ihnen gewisse Protagonisten, wie Volker Beck mit seiner übersteigerten Unterstützung des „Jüdischen Staates“, sowie anderen Kollegen mit ihrer ständigen, Anti-Russland und Türkei Hetze geschadet haben, sowie ihre moralisierenden Politik. Diese Politik zeigt ganz deutlich, was die Wahlergebnisse in den Keller treibt. Aber auch die SPD und die CDU sollten sich genau überlegen wie lange sie noch die illegal geächteten Völkerrechtsverbrechen des „Jüdischen Staates“, auf Grund „unseres besonderen“ Verhältnisses ungestraft tolerieren wollen?

Wird der kommende Wahlkampf das Sommerloch stopfen, zwischen Leitkultur, Burkaverbot, Doppelpass, Türkei und Russland-Bashing, Antisemitismus? Steht uns jetzt die weitere Israelisierung ins Haus. Fußfessel, Gesichtserkennung, Flugdatenfreigabe, alles Maßnahmen, die nur Terror Angst schüren sollen, aber in Wahrheit den neuen kalten Krieg einläuten, um von eigenen Versäumnissen abzulenken. Was ist bloß aus Deutschland geworden! Lobbyisten, US-Thinktanks, die Israel-Lobby haben die Meinungshoheit in den Medien übernommen. Es gibt einen neuen mehr als Erfolg versprechenden Berufszweig, der wie die Pilze aus dem Boden zu sprießen scheint, den „Islamkritiker“. Keine aussichtsreiche Perspektive haben dagegen die Israel-Kritiker. Die gibt es offiziell nämlich gar nicht mehr, da nämlich „Israel-Hasser“ oder gleich, Judenhasser oder Antisemiten verunglimpft werden.

Gerade hat die EU beschlossen eine neue Resolution gegen die illegale Besatzung und Siedlungspolitik des „Jüdischen Staates“ zu beschließen. Allerdings, wenn diese auch nur eine leere Geste eines zahnlosen Tigers ist und nicht endlich Boykottmaßnahmen beschließt, dann ist sie eine nutzlose Resolution! (5)

Ein guter Anfang wäre endlich der Beschluss, dass der „Jüdische Staat“ nicht mehr am European Song Festival teilnehmen darf. Der „Jüdische Staat“ gehört weder zu Europa, noch erfüllt die Politik des Netanjahu Regime die Kriterien der Mitgliedschaft, der Europäischen Rundfunkunion EBU, Allerdings kann man immer mehr zweifeln an der Aufrichtigkeit der EBU, die so viele ausnahmen zuließ und damit das ganze ESC zu einer traurigen politischen Farce abwertete, wie zuletzt in der mehr als korrupten Ukraine! (6) (7)

Was steckt tatsächlich hinter der aktuellen Israel-Lobby-Kampagne, die immer wieder versucht, muslimische Flüchtlinge und Schüler in die antisemitische Ecke zu drängen, und die überall Antisemitismus wittert. Nichts liegt mir ferner, als tatsächlichen Antisemitismus zu verharmlosen, aber Anti-Zionismus und Antisemitismus als Judenhass in einen Topf zu werfen, darf nicht ohne Widerspruch hingenommen werden. Diese ungerechtfertigte Gleichsetzung hilft nur Leuten wie Lagodinsky, Volker Beck, Jutta Ditfurth, Deutschland als eine Antisemitismus-Hochburg zu diffamieren und couragierte Menschen, die es wagen, den „Jüdischen Staat“ und seine illegale Besatzungspolitik zu kritisieren, ebenfalls diese in die antisemitische Ecke zu stellen. Das darf nicht sein! Weder sollen Juden einen Sonderstatus, einen Sonder-

Schutz oder gar eine falsche Solidarität bekommen, noch eine Extrawurst. Ein Zusammenleben kann nur gelingen auf gleicher Augenhöhe und ohne schlechtes Gewissen für nicht begangenes Unrecht der heutigen Generation!

Niemals kann man mit neuem Unrecht altes vertuschen, verschweigen, tolerieren oder schlimmer noch, sich damit solidarisieren.

Ja wir alle haben eine große Verantwortung. aber die beinhaltet eben auch eine deutsche Verantwortung für das illegal besetzte Palästina und sein durch jüdische Besatzer besetztes Volk. Wir dürfen nicht zulassen, dass deutsche Politiker immer wieder versuchen, dieses Unrecht mit zaghafter Kritik zu verniedlichen. Diese „Schleimspur der Unterwürfigkeit“ zieht sich durch alle Parteien. Doch zwischenzeitlich ist diese Schleimspur schon zu einem Schleim-Tsunami angewachsen, dass hoffentlich viele dieser Israel-Freunde in diesen Wellen untergehen!

Fast täglich werden wir mit Artikeln dieser Art überschwemmt, während die Schandtaten im Jüdischen Apartheidstaat verschwiegen werden. Morde „jüdischer Verteidigungssoldaten“, werden gern als Selbstverteidigung abgetan, während Palästinenser immer als Terroristen gebrandmarkt werden im deutschen Blätterwald!

Ich sage aber, es sind zu bedauernde sich im Widerstand befindliche Menschen, die so verzweifelt sind in ihrer Hoffnungslosigkeit, dass sie nicht davor zurückschrecken, ihr armseliges Besatzungsleben für den legalen Widerstand zu riskieren. Alles wurde ihnen geraubt, ihr Hab und Gut, ihr Land, die Kultur und jetzt auch noch ihre Sprache. Jede Erinnerung und Gedenken soll ihnen verboten und ausgelöscht werden, während die jüdischen Besatzer regelmäßig Gedenktage und Feierlichkeiten zelebrieren. Die heuchlerische Staatengemeinschaft hat sich inzwischen so mit diesem Zustand abgefunden, dass sich das Netanjahu-Regime entspannt zurücklehnen kann und deutsche Politiker in aller Offenheit düpiert! Soviel zum „besonderen“ Verhältnis unter Freunden.

Genug der besonderen Verhältnisse und Freundschaften, keine Staatsräson für die Sicherheit des „Jüdischen Staates“, solange dieser die Judaisierung als Staatsräson auf seine blutgetränkte Davidstern-

Flagge geschrieben hat!

Der israelische Historiker Ilan Pape spricht im Zusammenhang mit der Nakba nach eingehenden Untersuchungen israelischer Militärarchive von „ethnischen Säuberungen“, begangen von jüdischen Milizen. Dem von Israel nach wie vor aufrechterhaltenen Narrativ von einem „Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ stehen heute weltweit über 12 Millionen Palästinenser und Palästinenserinnen gegenüber, davon sind 5,49 Millionen als Flüchtlinge beim UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge (UNWRA) registriert.

Die UN Resolution 194 (III), Artikel 11, vom 11. Dezember 1948 spricht den palästinensischen Flüchtlingen und ihren Nachkommen zwar ein Rückkehrrecht respektive Restitution aus, doch wurde diese Resolution bis heute nicht umgesetzt. Nach wie vor existieren 58 palästinensische Flüchtlingslager in Jordanien, Libanon, Syrien, Gaza, Westjordanland und Ostjerusalem. Die Situation in den dicht besiedelten Flüchtlingslagern ist geprägt von Armut, fehlender Infrastruktur und Arbeitslosigkeit. Das Recht der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren und Restitution zu erhalten, wie es in der UN Resolution 194 vereinbart wurde, darf nicht in Vergessenheit geraten, sondern muss respektiert, geschützt und unterstützt werden.

Die Nakba ist kein singuläres Ereignis – vielmehr hält sie bis heute an.

Auch 69 Jahre später steht das palästinensische Volk unter den allumfassenden Auswirkungen israelischer Besatzung und deren Mechanismen wie Vertreibung, Enteignung, Kolonialisierung, Apartheid und weiteren, tagtäglichen Verletzungen von Menschenrechten. (8)

Grausame Taten erlebten wir auch in Gaza, als die „Jüdische Verteidigungsarmee“ ganze palästinensische Familien ausrottete und der Zivilbevölkerung tödliche Luftangriffe auf dicht besiedelte Wohngebiete bescherte – immer unter dem Vorwand, nur „gegen den Terror“ im Einsatz zu sein. Nicht einmal Lazarettschiffe oder andere humanitäre Hilfe schickten wir bei diesem schmutzigen „jüdischen Massaker“ gegen die abgeriegelte Bevölkerung nach Gaza! War das nicht unterlassene Hilfeleistung, jenseits jedes zivilisierten Handelns? Ist das die „Christlich-Jüdische Wertegemeinschaft“?

Walter Herrmann wurde also angeklagt, weil er laut Kölner Gericht „vermeintlich“ völkerrechtswidrige und unmenschliche Kriegsgräueltaten durch Bildmaterial aus „israelisch-palästinensischen Konfliktzonen“, von toten, schwerverletzten und blutüberströmten Kindern und Jugendlichen aus Gaza ausstellte. Schon damals schrieb ich, dass es nicht Walter Herrmann und die Kölner Klagemauer war, der die Menschenwürde verletzte, sondern allein die Völkerrechts- und Menschenrechtsverbrechen der „Jüdischen Verteidigungssoldaten“, die durch die Ermordung von tausenden Zivilisten, darunter eben auch über 450 palästinensische Kinder in Gaza die Menschenwürde verletzen. [\(9\)](#) [\(10\)](#)

Was lernen wir daraus? Wenn die Medien ihnen nützliche Bilder des Kriegsgräueltats zeigen, dann ist das legitim, aber wenn es um Fotos geht, die die Gräueltaten der „jüdischen Verteidigungsarmee“ zeigen, dann gefährdet das angeblich den Jugendschutz und die Menschenwürde, ganz zu schweigen von einer „bedingungslosen Solidarität“ mit den Palästinensern! [\(11\)](#)

Es geht um das politische Totschlagargument des Antisemitismusvorwurfs, was natürlich gerade in Deutschland auf fruchtbaren Boden fällt, erreicht mit schmutzigen Unwahrheiten und Diffamierungen gegen aufrechte Menschen, die sich nicht einschüchtern lassen wollen. Das Resultat ist immer das gleiche: Die Pseudo-Zionisten erreichen sofort Gehör und die Medienhoheit, während die Kritiker der israelischen Politik an den Pranger gestellt, ja nicht einmal „öffentlich-rechtlich“ gehört werden.

Gerade zum „Jüdischen Besatzer-Staat“ sprechen die Fakten für sich und sind unwiderlegbar. Das ist auch der Grund, dass es die Israel-Lobby und ihre Unterstützer vermeidet, sich mit Kritikern, die nichts als Fakten auf den Tisch legen, auseinanderzusetzen! Denn lassen wir uns nicht beirren, es gibt keine „Ausgewogenheit“, wenn es um Völkerrechtsverbrechen und Menschenrechtsverbrechen geht. Und Völkermord ist ein Verbrechen, das angeprangert werden sollte und nicht vertuscht werden darf, nur weil es die „jüdische Verteidigungsarmee“ in Gaza betrifft.

Dieser Staat darf auch nicht belohnt werden mit Kooperation, Jugendaustausch und Rüstungsgeschenken. Und wieder einmal sind wir bei der deutschen „Sonderbehandlung“, wenn es um den „Jüdischen Staat“ und das Besatzerregime geht. Der lange Arm von Netanjahu und der Israel-Lobby hat sich inzwischen zu einer

Medien-Medusa ausgeweitet, die sich immer mehr ausbreitet und machtvoll agiert. Der Philosemitismus hat inzwischen Züge angenommen, die jede Israel-Kritik zu Judenhass umdeuten und so die Bevölkerungsmeinung in Schach zu halten. Zumal sich jetzt ein neues zusätzliches ergiebiges Feld für die Israel-Lobby ergeben hat, nämlich die muslimischen Flüchtlinge. Vor diesen wird jetzt als „antisemitisch unterwandert“ gewarnt. Was das bedeutet und welcher Schaden damit angerichtet wird, sehen wir jetzt, wo große Teile der deutschen Bevölkerung immer mehr Vorurteile gegen den Islam und Muslime hegen. Das schleichende Gift der Vorurteile wirkt, verstärkt durch Politik und Medien.

Was allerdings den deutschen Lesern so vorgesetzt wird, wenn es um Israel, Russland, Syrien und die Türkei geht, hat sich fast zu einem kriminellen Akt der Nachrichten-Verstümmelung entwickelt. Erkennbar ist eine Angriffslust und Kriegsgeilheit, die gewisse „Journalisten-Trolle“, ganz nach Vorlage der Politiker ergriffen hat. Während Erdogan, nach Putin, zum Feindbild zwei, der deutschen Schreiberlinge avancierte, können israelische Politiker immer mit Wohlwollen rechnen.

Alles immer mit der „Schere im Kopf“ und Kritik an den jüdischen Besatzern immer nur ein „bisschen“, und nur nicht zu viel, sonst droht der Antisemitismus-Vorwurf, oder schlimmer noch, der Rauswurf. Ist es da ein Wunder, dass deutsche Medien immer mehr Leser und Abonnenten verlieren? Es schmerzt mich sehr, dass es so weit gekommen ist, da ich von Kindheit an die gedruckte Zeitung kenne und schätzte. Aber was ist aus den Medien geworden? Was ist aus meiner „geliebten“ Tagesschau geworden? Nichts kann man mehr glauben, alles muss man hinterfragen. Deutschland und seine Medien haben sich durch politische Souffleure aus Politik und Lobbyisten verändert. Sie haben die Macht, die sie voll auskosten und sich auch etwas kosten lassen.

Während kritische Stimmen, wenn es um den „Jüdischen Staat“ geht, überhaupt keine Chance mehr haben in den wichtigen Medien gehört zu werden, da hat die Israel-Lobby ganze Arbeit geleistet, es wird unterstützenden Stimmen zur Russland-oder Türkei Berichterstattung auch immer mehr erschwert, Gehör zu finden.

Niemand hat das Recht und die Pflicht zu gehorchen, wenn in unserem Namen Unrecht geschieht!

Danke an die Autorin für das Recht der Zweitverwertung.

Dieser Text erschien zuerst auf der Seite „Sicht vom Hochblauen“: [Niemand hat das Recht und die Pflicht zu gehorchen \(...\)](#)

KenFM bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Meinungsartikel und Gastbeiträge müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.